

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

33. Jahrgang / 11

16. Januar 1978

Bruno Friedrich, SPD-Fraktionsvize, zieht Bilanz der jüngsten Prag-Reise von Herbert Wehner.

Seite 1/2

Staatssekretär Alwin Brück nennt die BMZ-Anzeigerserie einen großen Erfolg.

Seite 3

Abhöraffaire Strauß: Grenze für einen Potentaten.

Seite 4

Kreuth hat gezeigt: Die CSU ist weiterhin zur sachpolitischen Arbeit nicht bereit.

Seite 5

Sicherheitspolitisches Forum der CDU: Schwarzmalerei ist kein Konzept.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

Spaniens Sozialisten besuchen treue Freunde

Außenpolitische Initiativen der SPD im neuen Jahr

Von Bruno Friedrich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die außenpolitischen Initiativen der SPD, besonders der SPD-Bundestagsfraktion, im Januar 1978 sind nicht zufälliger Art. Sie setzen Akzente für wichtige Problemfelder für die Außenpolitik der SPD und für wichtige deutsche Interessen.

Vom 11. bis 14. Januar 1978 besuchte eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Herbert Wehner die CSSR, um ihren Willen zu demonstrieren, sich mit einer Stagnation der Beziehungen zu diesem Land und der Ostpolitik insgesamt nicht abzufinden. Am Beginn dieser Woche ist der führende jugoslawische Politiker, Dr. Vladimir Bakaric, Mitglied des Präsidiums seiner Partei und stellvertretender Staatspräsident, Gast des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt; am heutigen Spätnachmittag werden der Vorsitzende der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) Felipe Gonzalez mit einer PSOE-Fraktionsdelegation des neugewählten Cortes als Gast der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn eintreffen.

Der Besuch der PSOE in Bonn hat besonderes Gewicht, er muß außenpolitisch hochrangig eingestuft werden. Man kann es nicht als Zufall werten, daß der erste offizielle Auslandsbesuch der Cortes-Fraktion der PSOE in die Bundesrepublik führt. Seit dem spanischen Bürgerkrieg, nach über 40 Jahren, können zum erstenmal wieder frei gewählte spanische Abgeordnete mit ihren deutschen Parlaments-Kollegen zusammentreffen. Beide Parteien sind sich seit Jahrzehnten in großer Sympathie verbunden. PSOE und SPD haben im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus große Opfer bringen müssen. Beide Parteien sind aus diesem Kampf, den sie in

der ersten Phase verloren haben, moralisch und politisch gestärkt hervorgegangen. Nicht nur der gemeinsame Kampf im spanischen Bürgerkrieg, vor allem das gemeinsame Wissen um die Bitternis der Verfolgung, hat die SPD sofort nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Freund und Helfer der spanischen Sozialisten werden lassen. Die in der Emigration lebenden und in der Illegalität daheim wirkenden spanischen Sozialisten konnten sich auf die SPD verlassen.

Einen Beweis ihrer Kraft hat die PSOE bei den ersten Parlamentswahlen in Spanien gegeben. Ohne eigene Medien, ohne Chance eines mittelfristigen Aufbaues der Parteiorganisation, wurde die PSOE als Partei die stärkste geschlossene politische Kraft Spaniens, und nur der Zusammenschluß mehrerer Parteien der rechten Mitte konnte ihr knapp das höchste Wahlergebnis streitig machen.

Wesentliches Verdienst an dieser erstaunlichen Regeneration einer der ältesten sozialistischen Parteien hat ihr Vorsitzender Felipe Gonzalez, der jüngste Parteiführer unter den großen Parteien Europas. Die Delegation, die Felipe Gonzalez nach Bonn begleitet, ist ein Spiegel der jungen Führungsschicht der PSOE, in der sich vor allem die jungen Generationen wiedererkennen und vertreten fühlen.

Der große Anfangserfolg der spanischen Sozialisten bringt der Partei zugleich eine hohe Verantwortung. Die Festigung der Demokratie, funktionierende Parlaments-, Regierungs-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsstrukturen müssen weiter vorangetrieben werden, soll der Bruch mit dem Franco-System so nachhaltig erfolgen, daß sich die spanische Demokratie rasch stabilisiert. Diese Stabilisierung muß sich gleichzeitig in einer Zeit großer wirtschaftlicher und sozialer Spannungen vollziehen. Ohne wirklichen sozialen Ausgleich in Spanien, der nach Auffassung der PSOE überfällig ist, ist diese Stabilisierung gefährdet. Spanien blickt nach Europa und will in die Europäische Gemeinschaft. Auch wenn im Augenblick Spanien für seine Entwicklung die Solidarität Europas braucht, so ist der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft ein nicht minder großer Gewinn für das demokratische Europa als die Demokratie für Spanien. Allein deshalb hat Spanien Anspruch auf europäische Solidarität.

Die wechselseitigen Sympathien zwischen dem spanischen und dem deutschen Volk, die sich immer auch auf die politische Führung beider Völker übertragen haben, sollten in dieser Woche offene und konstruktive Gespräche ermöglichen. Felipe Gonzalez und seine Delegation werden in der Bundesrepublik die Gesprächspartner haben, die dem Rang ihres Besuches angemessen sind. Der erste Besuch einer Delegation der PSOE ist ein wichtiger Meilenstein in den deutsch-spanischen Beziehungen.

(-/16.1.1978/ks/hgs)

+ + +

Unsere Anzeigenserie - ein großer Erfolg

Mit so wenig Geld noch nie so viele Menschen erreicht

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

"Geldverschwendung", "Katastrophe", "Sofort aufhören damit". Das waren einige Reaktionen auf die 15-teilige Anzeigenserie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Herbst des letzten Jahres in "Spiegel", "Stern" und der "Bunten". Andere sagten "Absolute Spitze", "Großer Wurf", "Einer der besten Einfälle seit langem".

Was war geschehen? Zum ersten Mal hatten wir in einer groß angelegten Anzeigenaktion ein Millionenpublikum über die Entwicklungshilfe informiert. Das war gar nicht so einfach. Denn normalerweise überkommt die Leute das große Gähnen, wenn sie etwas über Entwicklungshilfe lesen. Und viele sind mit Vorurteilen bis oben hin vollgestopft und können daher gar nicht begreifen, wie die Entwicklungshilfe wirklich aussieht. Wir mußten uns also etwas einfallen lassen, damit die Leute auch hinsehen und damit sie nicht durch ihre eigenen Vorurteile blockiert waren.

Die Anzeigenserie war ein großer Erfolg. Wir sind sehr zufrieden damit. Zehn bis 12 Millionen Bundesbürger haben unsere Anzeigen gesehen. Die Beurteilung: überdurchschnittlich positiv. Noch während die Serie lief, hat das Meinungsforschungsinstitut Infratest für uns eine Kontrolluntersuchung gemacht. Eine Stichprobe der Leser von "Spiegel", "Stern" und "Bunte" wurde befragt. 78 Prozent von ihnen fanden die Anzeigen gut. 22 Prozent gefielen sie nicht. Die Texte wurden sogar von 82 Prozent gelobt.

Was wir erreichen wollten, haben wir erreicht. Wir haben ein angeblich uninteressantes Thema unter die Leute gebracht. Und es ist uns gelungen, eine Bresche in die Mauer der Vorurteile zu schlagen. 60 Prozent der Befragten äußerten, sie hätten neue Informationen bekommen. Bei 58 Prozent haben die Anzeigen zu Denkanstößen, zum Abbau von Vorurteilen geführt.

Die Analyse zeigt, daß wir nicht nur die Eingeweihten angesprochen haben. Wir konnten auch diejenigen informieren, die wir bis jetzt kaum erreicht haben: Junge Menschen, die älteren Mitbürgern, Nichtakademiker. Dies ist besonders wichtig. Denn die Bundesregierung hat die Verpflichtung - und dies wurde ihr ausdrücklich vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu ihrer Informationsarbeit bestätigt -, bei der Bevölkerung um Verständnis und Unterstützung zu werben.

Diejenigen, die genau zu wissen glaubten, wie unsere Bevölkerung reagieren würde, haben sich gründlich geirrt. Wer meinte, die Deutschen wären mit unseren Anzeigen überfordert, mußte sich von den mündigen Bürgern eines Besseren belehren lassen.

Von Anfang an waren wir uns darüber im klaren, daß eine Anzeigenserie allein nicht genügt, die Vorurteile der Deutschen gegen die Entwicklungshilfe auszuräumen. Wir werden auch in diesem Jahr weitermachen. Unser Informationstest ist nicht nur erfolgreich, sondern auch wirtschaftlich. Mit so wenig Geld haben wir noch nie so viele Menschen erreicht.

(-/16.1.1978/ks/ja)

+ + +

Grenzen für einen "Potentaten"

Anmerkungen zur Telefonaffäre Strauß

Die aufgeregte Reaktion des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und seiner Mitakteure Tandler und Zimmermann auf die Telefonabhöraction muß einem Normalbürger, der sich auf seine Art mit den Widrigkeiten des Lebens herumschlagen muß, als ungezügelter Ausbruch einer schon bedenklichen Hysterie erscheinen. Der CSU-Politiker hat die deutsche Öffentlichkeit seit seinem Eintritt in die Bundespolitik skandalisiert, wobei, im Rückblick, die Zeit seines Regimes im Bundesverteidigungsministerium etwa mit dem "Spiegel"-Skandal als eine Artunwiederholbarer Höhepunkt erscheinen sollte. Das war und ist ein Irrtum, denn die zahllosen Eskapaden, mit denen Strauß seither bis heute wenig amüsierte, aber mehr erschreckte, zeigen, daß der jetzt schon 62jährige der sprichwörtlichen Annahme, man werde mit dem Alter weiser, eine totale Absage erteilt. Die Mahnung des Stuttgarter CDU-Oberbürgermeisters Rommel, man sollte sich nicht künstlich aufregen, weil nichts dabei herauskomme, ist bei Strauß in den Wind gesprochen.

Hier ist aber zunächst festzuhalten, daß der Vorwurf, die Telefongespräche eines Staatsbürgers seien widerrechtlich abgehört worden, sehr schwer wiegt und von den zuständigen Behörden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln untersucht, geklärt und geahndet werden muß. Das geschieht in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik von amts wegen und kommt jedem Staatsbürger zugute, der sich in seinen Rechten beschränkt fühlt. Man weiß aus Erfahrung, daß die Aufdeckung gerade von Telefonabhöraktionen gewisse Schwierigkeiten bereitet. Der Hinweis auf den Fall Kohl-Biedenkopf macht das deutlich. Trotzdem wird selbstverständlich alles zu unternehmen sein, damit die Telefonabhöraction des Staatsbürger Strauß aufgeklärt wird.

Dem CSU-Vorsitzenden aber genügt nicht, was jedem Staatsbürger zusteht. Strauß behauptet völlig unbegründet und unbegründbar, er habe in eine solche behördliche Untersuchung kein Vertrauen und verlange daher für sich, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt werde.

Hier beginnt dieser neue Fall Strauß die zulässigen Grenzen zu überschreiten. Zwar steht ihm als gewählten Bundestagsabgeordneten das Recht zu, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses anzuregen, der gebildet werden muß, wenn ein Viertel der Mitglieder dies verlangen sollte. Aber die Verschiebung dieses grundgesetzlichen Rechtes allein aus dem Grunde, weil man angeblich den zuständigen Bundes- und wohl auch Landesbehörden (zunächst einmal ist ja Bayern am Zuge) nicht vertraut, das ist der unerhörte Versuch, das allgemeine Vertrauen der Staatsbürger in den Staat und dessen Behörden bewußt und vorsätzlich zu demontieren. Das kommt zudem einem Mißbrauch des Grundgesetzinstruments Untersuchungsausschuß gleich.

Es darf erwartet werden, daß dem sich unversehens zu einem Potentaten entwickelnden CSU-Vorsitzenden in der gebührenden Form klargemacht wird, daß die Bundesrepublik und ihr Parlament kein parteipolitisches Spielfeld zur Befriedigung von frustrierten Machtgefühlen eines Mannes sind, dem die Zeit davonläuft.

Erhardt Eckert
(-/16.1.1978/ks/ben)

Zur sachpolitischen Arbeit nicht bereit

Der CSU ging es in Kreuth wieder nur um Macht und nicht um Politik

Wie bestellt kam der Telefonabhörskandal um den CSU-Vorsitzenden Strauß für die in Wildbad Kreuth versammelte CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Womit sonst hätte Strauß seine Pressekonferenz zum Abschluß des Kreuther Treffens bestritten? Auch für den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl hat die Abhöraffaire ihr Gutes. Ihr hat es Kohl zu verdanken, daß die neuerliche Ohrfeige, die ihm die CSU verpaßt hat, nicht ganz so laut übers Land schallte. Zu überhören war sie trotzdem nicht und filtert man das magere Ergebnis von Kreuth, so bleibt eigentlich nur Straußens und Zimmermanns Tritt in Kohls Magengegend als vermeldenswert übrig.

Es ist blanker Hohn und eine nicht zu überbietende Verächtlichmachung, wenn der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann den CDU-Vorsitzenden Kohl als Kanzlerkandidat "wahrscheinlich für das ganze Jahr 1978" bezeichnet. Jeder weiß, daß die nächste Bundestagswahl in zwei Jahren, also 1980, im politischen Kalender steht. Kohl darf, nachdem er 1980 nicht auf die Gefolgschaft der bayerischen CSU rechnen kann, den Stuhl des Kanzlerkandidaten also lediglich warmhalten, bis Strauß den richtigen Mann gefunden hat.

Daß Kohl als Kanzlerkandidatenstuhlverwalter auf Abruf nicht in der Lage sein wird, in Bonn seiner Rolle als Oppositionsführer gerecht zu werden, stört Strauß und seine CSU offenbar wenig. Für sie ist die Rolle der Opposition ohnehin eine recht dubiose Angelegenheit, mit der sie seit 1969 nichts anzufangen wissen. Sie dokumentieren damit zugleich, daß sie die parlamentarische Demokratie offensichtlich nicht kapiert haben.

Das gilt auch für das unwürdige Umspringen der CSU mit dem Amt des Bundespräsidenten. Was ist davon zu halten, wenn Zimmermann zwar verbal das Amt des Bundespräsidenten als "keinpartei-politisches Schacherobjekt" bezeichnet, im nächsten Augenblick die Wahl des Bundespräsidenten im Frühjahr 1979 aber zum Spielball parteipolitischen Gezänks macht?

Der CSU, das hat Kreuth erneut bewiesen, geht es ausschließlich ums Regieren. Sie ist nicht bereit, sich durch sachpolitische Arbeit und konstruktive Kritik der Regierungspolitik beim Wähler als die bessere Alternative zu empfehlen. Sie sucht statt dessen seit nunmehr über acht Jahren nach Möglichkeiten, die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag außerhalb der dafür vorgesehenen Wahlen zu verändern. Dabei ist ihr fast jedes Mittel recht: Von Abgeordneten, die ihr Mandat als Privateigentum betrachten, bis zur Veränderung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik, die in Kreuth keineswegs ad acta gelegt, sondern wieder einmal als ganz realistisch einzuschätzende Möglichkeit genannt wurde.

Die einzige der parlamentarischen Demokratie gerecht werdende Möglichkeit zur Veränderung von Mehrheitsverhältnissen, die Profilierung durch die zweifelsohne mühsame politische Arbeit zur Erhaltung und Verbesserung unserer Lebensverhältnisse, wurde in Kreuth ausgespart.

Helmut G. Schmidt
(-/16.1.1978/ks/hgs)

Schwarzmalerei ist kein Konzept

Das Sicherheitspolitische Forum der CDU in Kiel

Das Sicherheitspolitische Forum der CDU in Kiel hat am vergangenen Wochenende die Hoffnungen nicht erfüllt, die in diesem Kongreß mit dem anspruchsvollen Titel "Sicherheit für unsere Freiheit" gesetzt werden mußten. Die CDU-Spitze und die Teilnehmer der Tagung haben es versäumt, eine ernsthafte Diskussion über die gegenwärtige Bewegung im Verhältnis der Blöcke zueinander und die möglichen Konsequenzen aus einer sich verändernden strategischen Ausgangslage zu führen. Wo immer der Versuch gemacht wurde, mit Diskussionsbeiträgen oder kritischen Fragen dem Kern der Dinge näherzukommen, wurde er zurückgewiesen. Das ist sehr bedauerlich, denn schließlich hatte noch zu Beginn der vergangenen Woche CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ein "neues Verteidigungskonzept" der CDU angekündigt.

Wenn auch von vornherein klar war, daß ein neues Konzept nicht auf den Tisch gelegt werden würde, weil es zum gegenwärtigen einfach keine Alternative gibt, so war doch zu erwarten, daß die Union Vorschläge zur Überwindung problematischer Situationen macht und vor allem dazu beiträgt, die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte über tagespolitische Auseinandersetzungen hinaus nicht zu gefährden. An die Stelle solcher Angebote sind demagogische Übertreibungen und schlimmste Schwarzmalerei gesetzt worden. Das mag der Stil sein, zu dem sich die Union in Zukunft für die verteidigungspolitische Diskussion bekennen will, aber er ersetzt kein Konzept.

Dabei hätte es durchaus Möglichkeiten genug gegeben, Ansatzpunkte für Gemeinsamkeiten zum Beispiel für eine Offensive für eine stärkere Verteidigungsbereitschaft oder auch zur Überwindung der psychologischen Schwierigkeiten, mit denen der Komplex Wehrdienstverweigerung belastet ist, zu finden. Aber es ging der Union auch gar nicht darum, nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Vielmehr sollte mit dem Blick auf den anlaufenden Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein der politische Gegner diffamiert werden und sei es mit der Behauptung, der SPD-Parteitag habe die Geschäfte Moskaus besorgt und die Sozialdemokraten Brandt, Bahr und Pawelczyk bereiteten Konzessionen an Moskau vor.

Die CDU-Politiker werden die Frage zu beantworten haben, ob sie die negativen Rückwirkungen auf die Soldaten gewollt haben, wenn sie von der in der ganzen Welt als erstklassig anerkannten Bundeswehr als von einer überverwalteten Schön-Wetter-Armee sprechen. Die deutlich ablehnende Haltung gegen die Fortsetzung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik ist ein so abenteuerlicher Ansatz für eine europäische Sicherheitspolitik, daß sie schlechterdings nicht ernst genommen werden kann, auch wenn ihr Leute wie der frühere amerikanische Abrüstungsbeauftragte Fred Iklé beitreten. Erhöhte Rüstungsausgaben, Steigerung des Wettrüstens im nuklearen Bereich und starre Positionen für Verhandlungen mit dem anderen Lager sind die sichersten Mittel, den seit 30 Jahren in Europa bewahrten Frieden zu gefährden und das Verhältnis zur Schutzmacht USA kritischen Belastungen auszusetzen.

Wolfgang Fechner
(-/16.1.1978/ks/ben)

+ + +